



„Radarsoldaten“ klagen an Erst verstrahlt, dann vergessen

Mahnwache vor Ministerium
Bislang keine Entschädigung
VON ARMIN JELENIK

NÜRNBERG – Die Argumentation war überzeugend: 5000 Mark bar auf die Hand, eine dreimonatige Ausbildungsreise in die USA und dann vier Jahre lang für gutes Geld an einer der radargesteuerten Flugabwehrraketen der Bundeswehr den Eisernen Vorhang überwachen. Heute kann Alban Hirsch aus Lauf (Nürnberger Land) nur bitter über das Angebot lachen, das ihm die Bundeswehr in den 70er Jahren machte. Seine Hoden sind zusammengeschrumpft, eine Zyste im Kopf und Herzbeschwerden plagen ihn, und sein Blutdruck ist so niedrig, dass er allenfalls noch halbtags arbeiten kann.

Der 49-Jährige gehört zu den wahrscheinlich Tausenden Bundeswehr- und NVA-Soldaten, die von den 60er bis in die 80er Jahre an unzureichend abgeschirmten Radargeräten arbeiteten und von den Strahlen regelrecht „gegrillt“ wurden. „Diese Menschen müssen heute Höllenqualen durchstehen, und ihre Familien erleben Tragödien. Aber im Verteidigungsministerium sitzen scheinbar nur eiskalte Beamte, die für diese Position keine Menschlichkeit mitbringen dürfen“, regt sich Hans-Joachim Ahnert, Jurist beim Deutschen Bundeswehrverband (DBWV) über die Verschleppungstaktik des Hauses Scharping auf.

Langes Warten

Auf die vom Verteidigungsminister im Herbst angekündigte „schnelle, streitfreie und großzügige“ Hilfe warten die ehemaligen Soldaten, die gestern vor Scharpings Dienstsitz eine 24-stündige Mahn- und Totenwache begannen, bis heute vergeblich. Der vom Minister eingesetzte Sonderbeauftragte prüfte bislang gerade mal 231 von mehr als 1800 Anträgen auf Feststellung einer Wehrdienstbeschädigung und beschied nur fünf positiv.

„Was da mit uns gemacht wird, ist extrem menschenverachtend und widerspricht geltenden Gesetzen“, ärgert sich Peter Rasch, der Gründer des „Bundes zur Unterstützung Radargeschädigter“ im hessischen Rödermark über den Umgang mit den ehemaligen Vaterlandsverteidigern. Rasch rechnet mit insgesamt bis zu 2600 Antragstellern, die unter Hormonstörungen, Unfruchtbarkeit und vor allem an schwersten Krebserkrankungen leiden und behinderte Kinder zur Welt brachten. Etwa 200 der Opfer sollen bereits gestorben sein.

Horrende Summen

Horrende Zahlungen könnten da auf das Verteidigungsministerium zukommen, und viele Betroffene haben den Eindruck, dass die Bearbeitung entgegen allen großzügigen Versprechungen des Ministers genau deshalb verschleppt wird. „Die prüfen die Sache zu Tode und hoffen auf eine biologische Lösung“, mutmaßt Hans-Joachim Ahnert.

Es könnte allerdings sein, dass der Berliner Rechtsanwalt Reiner Geulen dem Spiel auf Zeit zuvorkommt. Er kündigte bei der Mahnwache der Strahlenopfer an, im März eine Schadenersatzklage bei Gericht einzureichen – und die soll das Ministerium immerhin 127 Millionen Euro kosten. Die amerikanischen Hersteller der Geräte will Geulen mit rund 409 Millionen Euro zur Kasse bitten.

[zurück zur Titelseite](#)

© NÜRNBERGER NACHRICHTEN

[E-Mail an uns](#)